

POPULISMUS VERSUS DEMOKRATISCHE VERNUNFT – ODER WARUM POLITISCHE LÜGEN IMMER LÄNGERE BEINE BEKOMMEN

Von Klaus Kocks – In Wahlkämpfen weltweit, aber auch in den noch nicht lange zurückliegenden Auseinandersetzungen der Befürworter und Gegner des Brexit, fällt Politikwissenschaftlern ein Phänomen auf, das sich augenscheinlich immer mehr durchsetzt: Kandidaten bzw. Verfechter einer Richtung behaupten ziemlich ungeniert offensichtliche Unwahrheiten, ohne dass ihnen dies zum Nachteil gereicht. Als jüngste Beispiele dafür werden in dem Zusammenhang insbesondere der künftige US-Präsident Donald Trump und Brexit-Befürworter Boris Johnson genannt.

Noch nie sei es mit den Unwahrheiten so weit gegangen wie bei „Trumps Festival der Lügen“, fasste etwa „Der Spiegel“ den vergangenen Parteitag der Republikaner zusammen. Dazu merkt das Magazin an, dass (US-)Wahlkämpfe ohnehin nicht als faktenbasiert gelten könnten. Vielmehr bemühen sich dabei alle Beteiligten, Medien und Öffentlichkeit so weit wie irgend möglich in ihrem Sinn zu manipulieren. Dazu zitiert „Der Spiegel“ den US-Comedian Stephen Colbert, der schon 2005 den Begriff „truthiness“ für George W. Bushs Halbwahrheiten erfand.

In einer anderen richtungweisenden Abstimmung der jüngsten Vergangenheit, dem Votum der britischen Wähler über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union, scherte sich Brexit-Verfechter Boris Johnson auch nicht darum, dass ihm und seiner Bewegung ein ums andere Mal dezidiert Faktenuntreue nachgewiesen wurde. So behauptete Johnson, Großbritannien überweise „jede Woche 350 Millionen Pfund an die EU“ – und dies sei noch untertrieben. Dem hielt „Die Zeit“ unter dem Titel „Die Macht der lauten Lügen“ auf der Basis von Angaben des National Audit Office entgegen, dass es sich faktisch lediglich um 109,6 Millionen Pfund pro Woche handele. Gleiches errechneten Faktenprüfer der proeuropäischen Organisation InFacts. Und dies ist nur ein Beispiel für andere unwahre Behauptungen in den Brexit-Diskussionen, die aufflogen. Doch den Urhebern dieser Aussagen gereichten diese nicht zum Nachteil.

Mehr noch, sie fühlen sich daran offenbar auch in keiner Weise gebunden. So dis-

tanzierte sich Johnsons Brexit-Mitstreiter Nigel Farage, Noch-Vorsitzender der rechten UK Independence Party (UKIP), schon am Morgen nach dem für seine Seite erfolgreichen Brexit-Votum im Fernsehen von



Der designierte US-Präsident Donald Trump dem Versprechen, die vermeintlichen 350 Millionen Pfund künftig statt der EU dem nationalen Gesundheitssystem zukommen zu lassen. Dabei handele es sich wohl um einen Fehler der Leave-Kampagne, spielte Farage die offensichtlich unhaltbare Zusage herunter, mit dem er nichts zu tun habe. Andere Brexit-Verfechter stellten dazu fest, dass sie mit solchen Ankündigungen keinerlei Verpflichtungen eingegangen seien, sondern nur „Möglichkeiten“ aufgezeigt hätten. So werden vermeintlich ernst klingende Wahlkampf-Aussagen im Nachhinein zu unverbindlichen Äußerungen degradiert.

Nun ist es sicher nicht so, als ob die Wahlbürger dieser Welt die Behauptungen von Wahlkämpfern für bare Münze nähmen. Doch Beobachter sehen in der immer unbeschwerteren Verwendung von faktisch falschen Behauptungen und Verunglimpfung des politischen Gegners ein neu-

es Maß erreicht. Dies wird als eine spezielle Ausprägung jenes Populismus bewertet, der in Europa zunehmend erfolgreich wird.

Sei es in Frankreich der als rechtsextrem eingestufte Front National, der unter seiner aktuellen Vorsitzenden Marine Le Pen bei der Europawahl 2014 mit knapp 25 Prozent erstmals von allen französischen Parteien die meisten Wählerstimmen einsammeln konnte, oder hierzulande die Alternative für Deutschland, die bei den jüngsten Landtagswahlen in Ostdeutschland aus dem Stand auf zweistellige Ergebnisse kam. Bei Wahlen bzw. Abstimmungen in Europa scheinen populistische Gruppierungen unterdessen den meisten Zulauf zu haben.

Denn auch aus der Wahl zum Schweizer Nationalrat im vergangenen Herbst ging die populistische Volkspartei mit dem besten Ergebnis hervor. Im selben Monat konnte in Polen die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ die Parlamentswahl für sich entscheiden. Seitdem versuchen die Gefolgsleute von Jaroslaw Kaczynski, das Land und seine Gesellschaft nach ihren klerikal-konservativen Vorstellungen umzubauen.

Handelt es sich bei diesen Bewegungen nun um Sammelbecken, die „lediglich“ erfolgreich Protestwähler um sich scharen, oder geht tatsächlich ein Rechtsruck durch viele Gesellschaften? Auffällig ist zumindest, dass die Gefolgsleute dieser Gruppierungen vielfach gegen eine weiter fortschreitende Globalisierung opponieren. Beobachter begründen dies damit, dass sich jene Menschen vom Fortschritt und der wirt-

... weiter von Seite 1

schaftlichen Entwicklung abgehängt fühlen. Sie können daran nicht teilhaben und lehnen sie deshalb ab. Vielfach geht Fortschritt für diese Wähler auch mit persönlichen Nachteilen einher, etwa dem Verlust des Arbeitsplatzes, und damit persönlicher wirtschaftlicher Unsicherheit.

Zur Verunsicherung vieler Menschen trägt zudem – nicht nur in Europa – die Zuwanderung von Hilfsbedürftigen aus anderen Regionen der Welt in ihre Länder bei. Dies nährt Ängste vor „Überfremdung“ und „Sozialneid“, die von den Populisten nach Kräften geschürt werden. In Großbritannien kam bei der Brexit-Entscheidung dann noch die Aversion gegen ein scheinbar übermächtiges Brüssel hinzu, das dem Einzelnen (angeblich) nichts bringt, sondern ihn nur Geld kostet, das an eine mehr oder weniger anonyme „Macht“ abfließt. So summieren sich die vermeintlichen Feindbilder, die den Einzelnen gefühlt von einem gesicherten, behüteten persönlichen Wohlergehen abhalten.

Die zum Teil als existenziell wahrgenommenen Verunsicherungen, Ängste und Klagen werden „denen da oben“ angelastet, den sogenannten Eliten, auch politisches Establishment genannt, die dem Empfinden der Unzufriedenen nach nur zum eigenen Vorteil agieren und in die eigene Tasche wirtschaften. Diese als anonymes Machtgefüge wahrgenommene politische und wirtschaftliche Oberschicht, „die sich nicht um die Belange des Volkes schert“, mutiert dabei in den Augen der „Abgehängten“ von Leit- zu Hassfiguren – die für den Furor des Volkes leider unerreichbar und unsensibel erscheinen.

An dieser Stelle kommen die neuen populistischen „Wüteriche“ ins Bild, ob sie nun Trump, Johnson oder sonst wie heißen, die keine Angst vor der anonymen Oberschicht zeigen, sie ohne Rücksicht auf bisher akzeptierte Konventionen angreifen, herausfordern, beleidigen und herabsetzen. Diese neuen (Wort-)Führer begehen Tabubrüche, von denen die „Wutbürger“ meist nur träu-

men, und zeigen es denen da oben „mal so richtig“. Dabei bieten diese Populisten nur allzu oft unrealistische Alternativen, argumentieren auf der Basis von Unwahrheiten. Doch Fakten scheinen in diesen Auseinandersetzungen immer weniger gefragt. An ihre Stelle treten Emotionen, ja teilweise blanker Hass, wie der US-amerikanische Wahlkampf offenbart hat. Diese Ressentiments, diese „Anti“-Gefühle werden von den Populisten nicht nur genutzt, sondern zusätzlich geschürt, wie es Trump vormacht, dessen – erfolgreiche – Botschaft „You can beat the system“ hieß.

Im Zuge dieser Auseinandersetzung zwischen „oben“ und „unten“, „Establishment“ und „Volk“, wird die bislang gekannte Toleranzschwelle des „Sagbaren“ immer weiter nach unten gedrückt. Persönliche Verunglimpfungen und Beleidigungen gehören zum neuen „guten Ton“. Keine guten Vorzeichen für den anstehenden Bundestagswahlkampf, argwöhnen kritische Beobachter.

IRIS GLEICKE – DIE SACHWALTERIN OST-DEUTSCHLANDS IN DER BUNDESREGIERUNG

Wie ernst sie ihre Position als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer nimmt, machte Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, kürzlich deutlich, als sie ankündigte, bei der nächsten Wahl 2017 nicht wieder für den Bundestag zu kandidieren. Sie begründete ihren Abschied aus dem Parlament, dem sie seit 1990 angehört, damit, dass sie die Aufgabe der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer als die größte Herausforderung betrachte, der sie sich bislang zu stellen hatte. Den Entschluss, sich vom Bundestag zu verabschieden, habe sie weder spontan noch aus einer Laune heraus gefasst, versicherte Gleicke. Vielmehr handele es sich um eine wohlüberlegte Entscheidung, die ihr alles andere als leicht gefallen sei, sagte die SPD-Politikerin.

Doch in ihrer Position als Beauftragte der Bundesregierung kann sie sich auch weiterhin für die ihr persönlich derzeit wichtigsten bundespolitischen Ziele einsetzen: die Ost-West-Rentenangleichung und die Förderung der strukturschwachen Regionen in Ost und West im Anschluss an den Solidarpakt II.

Iris Gleicke kennt die Probleme der neuen Bundesländer aus eigener Anschauung. 1964 in der Stadt Schleusingen am südlichen Abhang des Thüringer Waldes geboren, wuchs sie dort auch auf, schloss eine Aus-



Foto: SPD

bildung zur Bauzeichnerin ab und ließ sich anschließend an der Fachschule Gotha zum Hochbauingenieur ausbilden. Sie gründete den SPD-Ortsverein Schleusingen mit und gehört seit 1990 dem Deutschen Bundestag an. Unter anderem war sie von 1994-1998 Mitglied der Enquêtekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ sowie von Oktober 2002 bis 2005 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der neuen Bundesländer. Im November 2006 und erneut im Oktober 2009 wurde Gleicke zur Sprecherin der Landesgruppe Ost in der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Seit März 2010 ist sie auch stellvertretende Landesvorsitzende der SPD-Thüringen.

Zu Gleickes Aufgaben als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer gehört es, bei allen Entscheidungen und Maßnahmen der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass die spezifischen Interessen der Ostdeutschen angemessen berücksichtigt werden. Dass sie dies engagiert verfolgen wird, hat sie mehr als deutlich gemacht.

500 JAHRE REFORMATION – AUFBRUCH ZUR AUFKLÄRUNG

In seinen späteren Lebensjahren sollen dem Mann Zweifel an seinem Werk gekommen sein. Er war sich nicht sicher, ob seine reformatorischen Taten richtig waren und regelrecht betroffen, als sich eine Kirchenspaltung abzeichnete. Hätte er die von ihm ausgelösten Entwicklungen im Vorhinein gekannt, so hätte er besser geschwiegen, wird Martin Luther zitiert. Das tat er bekanntlich jedoch nicht, im Gegenteil, und veränderte dadurch ab 1517 das bis dahin vorherrschende Verhältnis von Kirche und Staat so nachhaltig, dass dies bis heute nachwirkt. Im kommenden Jahr feiert die Welt 500 Jahre Reformation.

1517 wird als das Reformationsjahr gefeiert, weil damals der junge deutsche Augustinermonch Martin Luther (1483–1546) mit 95 Thesen auf sich aufmerksam machte, in denen er insbesondere die Unfehlbarkeit von Papst und Konzilien in Zweifel zog. Luther greift in seinen Thesen speziell den Handel mit den sogenannten Ablassbriefen an, den Papst Leo X. beschlossen hatte, um den Neubau des Petersdoms in Rom finanzieren zu können. Mit dem Kauf eines solchen Ablassbriefs sollte gottesfürchtigen Christen die Vergbung ihrer Sünden und ein Platz im Himmel sicher sein. Luther wollte mit seinen Thesen nach dem heutigen Verständnis der Historiker vor allem einen theologischen Disput, wie er damals üblich war, über die Praktiken des Ablasshandels anzetteln. Doch daraus wurde letztlich eine Spaltung der Christen in die katholische und die protestantische/evangelische Kirche.

Nach der Proklamation seiner 95 Thesen, die er an die Tür der Kirche in seinem Heimatort Wittenberg genagelt haben soll – eine Erzählung, die bei Lichte gesehen weniger der Wahrheit entspricht, als wohl eher der Glorifizierung des Mönchs dient – musste er sich in Rom dafür verantworten. 1521 auf dem

Wormser Reichstag wurde dann die Reichsacht über ihn verhängt. Dank politischer Protektion vonseiten deutscher Reichsfürsten, wie etwa Friedrichs des Weisen von Sachsen, musste Luther jedoch nicht, wie andere Kirchenkritiker, auf den Scheiterhaufen.

Zu den Auswirkungen von Luthers Thesen gehört eine Glaubensspaltung innerhalb des christlichen Abendlandes, die sich nachfolgend in den sogenannten Konfessionskriegen entlud. In deren Folge veränderte sich die politische Landkarte Europas. Schon allein deshalb wirkte die Reformation über die Grenzen Deutschlands hinaus. Sie initiierte aber auch jenes Verständnis der Trennung von Kirche und Staat, das dem Gedanken der Demokratie innewohnt. Darin sind sich die Historiker ausnahmsweise weitgehend einig, wogegen es große Unterschiede in der Bewertung der Person Luthers und seiner Bedeutung gibt. So wird seine Rolle als „Erfinder“ des modernen Freiheitsbegriffs ebenso angezweifelt wie die als erster Kritiker der römischen Kirche. Denn sein Gedankengut hatte durchaus Vorläufer, wie Historiker heute betonen. So sei Luther später denn auch eher als Projektionsfläche „vielfältiger Sehnsüchte, Hoffnungen, Feind- und Traumbilder“ benutzt worden, schreibt der Historiker Thomas Kaufmann. Damit erklärt er auch den Versuch der Nationalsozialisten, Luthers antisemitische Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ für sich zu instrumentalisieren. So nannte Adolf Hitler den Reformator „das größte deutsche Genie“.

Doch man sollte Luther nicht zum Politiker, zum Philosophen oder gar zum Freiheitshelden aufbauen, meint die evangelisch-lutherische Theologin, ehemalige Landesbischöfin von Hannover und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann. Sie sieht in Luther in erster Linie den Theologen, der die „Freiheit eines Christenmenschen“ als das Entscheidende proklamierte. Ihm sei es dabei zuallererst um den christlichen Glauben gegangen, sagt Käßmann, die im Auftrag des Rates der EKD als „Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017“ tätig ist. Auch andere Betrachter bewerten

Luthers Reformation vor allem als den Versuch, zur eigentlichen Kirche zurückzufinden und dazu zahlreiche Missstände abzuschaffen.

„Weltgeschichtliche Bedeutung“ bekam Luther nach Einschätzung des Historikers Hellmut Diwald vor allem durch seine Bibelübersetzung. Damit habe er den Menschen zu einer unvergleichlichen Mündigkeit verholfen, betont der Wissenschaftler. Zudem prägte Luther in seinen Schriften, die nach der Proklamation seiner 95 Thesen schnell auch ins Englische, Niederländische und Französische übersetzt wurden, maßgeblich auch jene Vorstellung von der persönlichen Freiheit des Individuums, das sich in der Aufklärung widerspiegelt. So wird dem Werk Martin Luthers ein großer Einfluss auf den Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724–1804) zugeschrieben. Dazu noch einmal Margot Käßmann: „Das Wagnis der Freiheit, das Luther gezeigt hat, das Erleben der zugesagten Freiheit und Freiheit als Bindung und Verantwortung sind Antriebsfedern für das aufgeklärte Denken.“

Insbesondere dadurch wirkt die Reformation bis heute.

Klaus Kocks



AUFTAKT FÜR ZUSAMMENARBEIT MIT BAPP



Foto: Volker Lannert

von links nach rechts: Lord Charles Aldington, Barbara Wesel, Sir Sebastian Wood KCMG, Udo van Kampen

Die Diskussion „Wie weiter nach dem Referendum? Großbritannien und Europas Zukunft“ bildete am 29. November den Auftakt einer Veranstaltungsreihe von GSI und der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP). Sebastian Wood

KCMG, Britischer Botschafter in Deutschland, Lord Charles Aldington, Trustee der Ditchley Foundation und bis 2009 Chairman Deutsche Bank London, und Udo van Kampen, Journalist sowie u.a. langjähriger Leiter des ZDF-Studios Brüssel, diskutierten unter anderem, welche Rolle Großbri-

tannien zukünftig in Europa spielen kann und welche Haltung Brüssel in den Scheidungsverhandlungen einnehmen sollte. Moderiert wurde die Runde von Barbara Wesel, Brüssel-Korrespondentin der Deutschen Welle. Dr. Ansgar Burghof, Direktor und Vorstand des GSI, ordnete in seiner Begrüßung das Brexit-Referendum symbolisch für die aktuelle Gefahr der Renationalisierung ein, die als Trend mittlerweile einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfasst habe. Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, empfahl in seiner Einführung der EU, vielleicht „ein wenig britischer zu werden“, um am Ende auch weiterhin als Gemeinschaft zusammenzubleiben. Botschafter Wood stellte zum Abschluss der Diskussion fest: „Wir müssen unsere Beziehungen neu gestalten, aber wir werden Freunde bleiben.“ Für 2017 planen GSI und BAPP drei weitere Veranstaltungen zur Frage „Wie kommt Europa aus der Krise?“.



Foto: Volker Lannert

Die Teilnehmer der Europäischen Sommerakademie 2016 beim Europäischen Rat in Brüssel

VORBEREITUNGEN ZUR 28. EUROPÄISCHEN SOMMERAKADEMIE GESTARTET

Auch 2017 wird das GSI wieder zur Europäischen Sommerakademie einladen. Die Veranstaltung, die in Kooperation mit dem DAAD durchgeführt wird, richtet sich an europäische Stipendiaten und Ehemalige aller Disziplinen. Die etwa 70 Teilnehmenden kamen in den vergangenen Jahren aus rund 20 verschiedenen Staaten. Voraussetzung für eine Teilnahme sind ausgeprägtes Interesse für internationale Zusammenhänge und Vorkenntnisse der Europäischen Integration. Die Sommerakademie bietet einen Blick hinter die Kulissen der internationalen Politik und gewährt Praktiker- und Insiderkenntnisse

auf hoher Ebene. Für den 8. bis 17. September sind neben einem Basiskurs in Bonn auch eine mehrtägige Exkursion zur Europäischen Zentralbank, an den historischen Ursprungsort Schengen, zum Europäischen Gerichtshof sowie zu Kommission und Rat in Brüssel geplant. Abschließend steht ein Besuch im Kaiserdom Aachen, einem der europäischen Kernorte, auf dem Programm. Die bis zu 35 Speaker aus allen EU-Mitgliedstaaten sind international orientiert und haben oft selbst einen „interkulturellen“ Hintergrund. Weiterer Kooperationspartner ist die Europäische Universität in St. Petersburg (EU.SPB).

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof
Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de

Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg
Germany